

Genosse Herbert Zschunke, Sekretär der Bezirksleitung:

Eine Bilanz zu unseren Gunsten

Wir stehen jetzt am Anfang eines neuen Jahres, eines Jahres, das uns sowohl ökonomisch als auch politisch außerordentlich ernste Aufgaben zur Lösung aufgegeben hat. Es ist üblich, unter guten Ökonomen, unter guten Wissenschaftlern, aber auch unter guten Politikern, daß man am Jahresende, d. h. beim Übergang von einem Jahr zum anderen, Bilanz zieht. Im allgemeinen kann man sagen, das hat eigentlich die Moskauer Beratung sehr gründlich gezeigt, ist die Bilanz im internationalen Maßstab in der Entwicklung der Politik und der Ökonomie im Jahre 1960 außerordentlich aussagekräftig zugunsten des Lagers des Sozialismus.

Wenn die Moskauer Beratung schlußfolgern konnte, daß wir in eine neue Etappe der Entwicklung getreten sind, die Etappe, in der das sozialistische Lager zum bestimmenden Faktor der Entwicklung der Weltgeschichte geworden ist und auf der anderen Seite das kapitalistische Lager in eine neue, in die dritte Periode der allgemeinen Krise gekommen ist, dann kann man wohl sagen, daß diese Gegenüberstellung, die auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Analyse erfolgte, eine außerordentlich gute Bilanz aussagekräftig zugunsten des sozialistischen Lagers hat. Auch im nationalen Maßstab ist diese Bilanz außerordentlich günstig für die DDR ausgefallen.

Mit der Lösung der ökonomischen Fragen im Jahre 1960 haben wir auf vielen Gebieten die Versorgung der Bevölkerung Westdeutschlands hinter uns gelassen, und wir werden auf einer Reihe anderer Gebiete im Jahre 1961 Westdeutschland weiter überholen.

Auf der Moskauer Beratung bekam praktisch unsere Politik sowohl auf dem Gebiet der Ökonomie als auch auf dem Gebiet der nationalen und internationalen Politik die Bestätigung. Unsere Partei konnte auf der Moskauer Beratung einen wesentlichen Beitrag leisten zur Bereicherung der Theorie des Marxismus-Leninismus und zur Bereicherung auch der marxistisch-leninistischen Praxis. Es kann uns mit Stolz erfüllen, wenn unsere Partei nach der Moskauer Beratung nichts zu korrigieren hat, sondern eben die Bestätigung der Richtigkeit ihrer Politik in Moskau erfährt. Die weise Führung des ZK unserer Partei festigte die DDR in den Jahren seit 1957 sowohl ökonomisch als auch politisch-moralisch und militärisch.

Die andere Seite der nationalen Bilanz zeigt einen fortwährenden Niedergang, das ist die Bilanz der westdeutschen Politik. Wie in keinem Jahr vorher wurde so eindeutig klar, daß die Adenauer-Politik in eine Sackgasse geraten ist, aus der sie schwerlich wieder herauskommen wird. Unsere Politik und unsere Erfolge machten unter die spekulative Politik der Adenauer-Regierung auf Konterrevolution und Unruhe in der DDR im Jahre 1960 endgültig einen Schlußstrich. Die Existenz der DDR zwang die westdeutschen Monopole jahrelang, praktisch seit Bestehen unseres Staates, sowohl zu politischen als auch ökonomischen Zugeständnissen gegenüber der westdeutschen Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz.

In Westdeutschland mußte man in diesem Jahr immer mehr erkennen, daß diese unsere erfolgreiche Ent-

wicklung planmäßig verläuft und nicht mehr aufzuhalten ist und demzufolge ständig an Anziehungskraft gegenüber der westdeutschen Bevölkerung zunimmt. Aber die westdeutschen Monopole sind nicht länger gewillt, wegen der Existenz der DDR noch größere Zugeständnisse an die westdeutsche Bevölkerung zu machen als sie bisher schon machen mußten. Deshalb versuchen sie jetzt das Mittel des Handelsboykotts zur politischen Erpressung.

Wie sehr die Politik Adenauers gerade in dieser Hinsicht in die Sackgasse geraten ist, sollte man daran erkennen, daß eben gerade zur Durchsetzung dieser Politik, zur Fortsetzung ihrer volkfeindlichen Politik die bisherigen Methoden der Bonner Regierung nicht mehr ausreichen. Deshalb mußte sie dazu übergehen, die rechte Führung der SPD zu veranlassen, daß sie offen ihre Scheinposition aufgibt und in das Lager Adenauers überschwemmt.

Es ist also klar, eine Politik muß schon sehr arg in der Sackgasse stecken, um zu solchen Scharlatanstreichen greifen zu müssen. Der offene Übergang der rechten Führer der SPD war nötig, um 1. die Notstandsgesetzgebung zu sichern, 2. die Grenzsperrung vorzubereiten und durchzuführen, 3. um die Atomauf-rüstung zu sichern und 4. das Handelsabkommen mit der DDR zu kündigen und nicht zuletzt, um die Rechte der Werktätigen in Westdeutschland weiter abzuhauen. Wie Lenin uns oft lehrte, wurden die rechten Führer der SPD zu Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse. Die rechten Führer der SPD sind fest an die Konzerne gebunden. In den Aufsichtsräten der westdeutschen Monopole sitzen: 30 Mitglieder des Bundesvorstandes der SPD, 87 Vorsitzende der SPD und

Genosse Professor Dr. Müller-Hegemann:

Zu echter Gemeinschaftsarbeit

Ich möchte einige Fragen eines Klinikdirektors zur Verbesserung der wissenschaftlichen Arbeit äußern. Es kommt uns darauf an, eine echte Gemeinschaftsarbeit zustande zu bringen. Wir sind uns dabei im klaren, man muß zunächst Themen haben, die sich lohnen, die erfolgversprechend sind für den einzelnen und die ganze Sache. Wir haben daher im vergangenen Jahr ein Thema festgelegt, das uns auch im Rahmen der Republik und darüber hinaus weiterzubringen verspricht, nämlich das Thema Zentralnervensystem und Kreislauf - und zwar deshalb, weil Herzkreislauf-Krankheiten in der Todesursachenstatistik mit weitem Abstand an erster Stelle stehen. Zur gemeinsamen Arbeit haben sich neben der von mir geleiteten Psychiatrisch-Neurologischen Klinik das Pathologische Institut unserer Universität und die übrigen Pathologischen Institute in Leipzig, das Hirnforschungsinstitut, die Neuro-Chirurgische Klinik, die Medizinische Klinik Schwerhörigkeit, und es liegen auch Zusagen von anderen Inneren Abteilungen in Leipzig vor. Mit Hilfe von Prof. Dr. Burkhardt, wird eine medizinisch-statistische Abteilung geschaffen, die es ermöglicht, die Sektionsaufzeichnungen und das Patientengut in Leipzig der letzten zehn Jahre zu erfassen, zu analysieren usw.

Zu geht also um ein großes Forschungsprogramm, zumal gerade die Frühdiagnostik, also die rechtzeitige Erfassung dieser Krankheiten im Sinne einer gesunden Behandlung, und das ganze Problem der Verursachung und Entstehung international gesehen noch weit im unklaren liegt.

Sekretäre der Bezirksvorstände, 43 Mitglieder der Bundes- und Landesvorstände der Gewerkschaften, 30 prominente Parteifunktionäre der SPD haben fette Posten in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in der Euratom und Montanunion, d. h. für sie ist die Perspektive klar, und ihre Perspektive heißt: treu zu Adenauer stehen.

Es ergibt sich jetzt die Frage: Welche Aufgaben ergeben sich nun für das Jahr 1961 auf dem Gebiet der Ökonomie auf der Grundlage der Bilanz des Jahres 1960 und auf der Grundlage der Auswertung der Moskauer Beratung und insbesondere der 11. Tagung unseres ZK?

Die erste und wichtigste Aufgabe, die auf dem Gebiete der Ökonomie für uns steht, ist die, daß es uns schnell gelingen muß, schnell etwa in den Jahren 1961/62, im wesentlichen schon dieses Jahr, uns von der Stützabhängigkeit freizumachen. Das Jahr 1961 müssen unsere Ingenieure, unsere Arbeiter in enger Verbindung mit unseren Wissenschaftlern nutzen, um die Industrie in der DDR und andere Zweige der Volkswirtschaft, die bisher in gewissem Maße von westdeutschen Lieferungen abhängig waren, gründlich umzustellen auf eigene Rohstoffe, eigene Halbzuge und Teillfabrikate und besonders umzustellen auf Halbzuge und Rohstoffe aus der Sowjetunion. Das gilt auch nach der Unterzeichnung des Handelsabkommens mit Westdeutschland. Wir dürfen als Partei auf diesem Gebiete keinerlei Spekulationen dulden, denn wer garantiert uns dafür, daß Westdeutschland nicht im März oder April das Handelsabkommen wieder kündigt? Jetzt haben sie erst einmal eingesehen, daß die Politik der Stärke, die sie doch gern anwenden, diesmal zu unseren Gunsten verläuft.

Genosse Dr. Luft, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät:

Klassikerstudium und Moskauer Erklärung

Wir haben, wie bei anderen ähnlichen Parteibeschlüssen, um kein Tempo zu verlieren und um die politisch-ideologische Führungsarbeit an der Fakultät zu verbessern, gleich am selben Tage, als die Moskauer Erklärung erschien, in der Parteileitung der Fakultät eine gewisse vorläufige Linie der Auswertung festgelegt. In einem dreitägigen Seminar mit allen Seminargruppen und in Parteilgruppenversammlungen bzw. öffentlichen Parteilgruppenversammlungen haben wir erste Grundfragen der Moskauer Erklärung in die Masse der Genossen und Angehörigen unserer Fakultät hineingetragen.

Wir haben dann in einer Sitzung des Fakultätsrates erste Bilanz gezogen, wie weit wir sind mit der Auswertung der Moskauer Erklärung. So haben wir uns darüber unterhalten, was besonders für die wissenschaftliche Arbeit der Institute von großer Bedeutung ist, nämlich, daß uns die Moskauer Erklärung zeigt, was wirklich schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus heißt.

Die Revisionisten haben z. B. im Jahre 1957 darin eine neue Etappe der Entwicklung des sozialistischen Universitätsstudiums, 10. 1. 1961, S. 6

Weltsystems gesehen, daß jugoslawische Führer wie Kardelj usw. auftraten und sagten, man könne aus einer angeblichen Krise des Kommunismus nur heraus, wenn sich alle nach dem jugoslawischen Vorbild umorientieren würden. Auf der anderen Seite stehen die Dogmatiker, die also die neue Qualität, die neue Etappe in der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems nicht sehen wollen. Aber z. B. die ganze Frage der Vertiefung der internationalen Beziehungen, des sozialistischen Internationalismus zwischen den einzelnen sozialistischen Ländern als der große Hauptvorzug unserer Zeit, der uns auch gewährleistet, daß der volle Sieg des Sozialismus in allen sozialistischen Ländern gesichert ist, hat für die unmittelbare Forschungsarbeit große Bedeutung, indem man nicht mehr bestimmte Probleme beispielsweise der Spezialisierung und Kooperation der Industrie engstirnig, im nationalen Rahmen sieht, sondern hier die Forschungsarbeit orientieren muß auf die Ausnutzung der Vorräte der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung.

Ich will noch ein anderes Beispiel nennen, und zwar ist das die Erhaltung des Friedens. Auch die ganze

Fragestellung Erhaltung des Friedens zeigt, wie man schöpferisch den Marxismus-Leninismus weiterentwickeln muß. Euch allen ist die revisionistische Verzerrung und die revisionistische Verleumdung der gesamten Fragestellung Erhaltung des Friedens durch Kardelj bekannt. Kardelj geht in seinem Buch mit seinen Verleumdungen soweit, daß er den Krieg aus den Gefühlen der Menschen erklärt und nicht vom Zusammenhang zwischen Imperialismus und Krieg ausgeht. Auf der anderen Seite stehen die bekannten Erklärungen der Dogmatiker, die es nicht glauben, daß es möglich ist, daß der Frieden in der jetzigen Epoche erhalten werden kann. Wir wollen gerade unsere Wissenschaftler darauf orientieren, daß sie in ihrem konkreten Fachgebiet die Moskauer Erklärung auswerten und so die schöpferische Weiterentwicklung und Bereicherung der marxistisch-leninistischen Wissenschaft verstehen.

In diesem Zusammenhang muß man darauf hinweisen, daß man die Moskauer Erklärung nur richtig auswerten kann, wenn man das verbindet mit einer gründlichen Auswertung des Gesamtwerkes von Marx, Engels und Lenin.



In neuen Chemieräumen führen seit Beginn dieses Jahres unsere ABP-Studenten ihr chemisches Pflichtpraktikum durch. Durch eine großzügig gewährte Unterstützung in Höhe von 125 000 DM und eigene Arbeitsleistungen war es möglich, in relativ kurzer Zeit moderne Chemieräume zu schaffen. Anlässlich der Eröffnung fand eine Zusammenkunft der Direktion, der Fachgruppe Chemie und Studenten mit Vertretern des Patentbetriebes, des VEB Kombinat Otto Grötsch, statt. Als Abschluß wurde ein Vertrag zwischen dem Benzinwerk des Kombinat und der ABP über die Durchführung des polytechnischen Praktikums in Böhlen abgeschlossen. Unser Bild zeigt Studenten aus der Arbeitsgruppe CN 16 im chemischen Praktikum. Foto: Barth

Genosse Professor Dr. Bethmann, Zahnklinik:

Den Wissenschaftler nach seinen Sorgen fragen

Der Genosse Mengel hat schon gesagt, daß die Mehrheit der Ärzte das Kommuniqué des Politbüros begrüßt. Wir dürfen jedoch nicht die Augen davor verschließen, daß es das Argument gibt, die Partei mache eine Politik des Augenzwinkerns.

Das ist ein ganz ernstes Argument, ihm muß man gegenüberstehen. Man kommt diesen Argumenten doch nur dadurch bei, daß man auf die historische Entwicklung der Intelligenzpolitik der Arbeiterklasse und der Partei, wie sie seit Jahrzehnten betrieben wird, hinweist.

Es ist gar nicht schlecht, daß der Zentralvorstand Gesundheitswesen in einer Versammlung gewisse Argumente und Gegenargumente ausgab und darin u. a. sagte, man soll mal nachlesen, was Lenin schon 1920 sagte, daß also die Bündnispolitik mit der Intelligenz seitens der Arbeiterklasse dazu führen muß, daß die Intelligenz sich im sozialistischen Land besser fühlt und entfalten kann als im kapitalistischen Land. Es wurde dort ein Argument gebracht, das bezeichnet die Situation ganz deutlich. Es ist bekannt, daß Pawlow nicht gleich auf dem Boden stand, auf dem die Arbeiterklasse stand und kämpfte. 1920 hatte Pawlow das Manuskript eines Buches fertig, das sollte gedruckt werden, und nur Genossen kamen zu Lenin gelaufen und sagten, Genosse Lenin, das können wir doch unmöglich in Druck geben lassen, Pawlow hat hier vorn eine Widmung 'reingeschrieben, Dem teuren Andenken meines vor dem Feinde gefallenen Sohnes' - der Sohn von Pawlow war Offizier bei den Weißgardisten und ist im Kampf gegen die Rotgardisten gefallen. Lenin fragte daraufhin die Genossen: 'Ist das Buch von wissenschaftlichem Wert?' Da sagten sie ja. 'Also wird

es so gedruckt, wie Pawlow es geschrieben hat.'

Wenn wir weiterhin historisch die Geschichte aufrollen und uns unsere eigenen Parteigruppen, die in den letzten Jahren betagt haben, ansehen, und es gab ja schon vor einiger Zeit einmal ein Arztkommuniqué, so können wir eine Linie finden, und diese Linie gilt es nachzuweisen. Noch etwas über die Verzweigungsmöglichkeiten nach dem neuen AGB. Ich weiß vom Gesundheitsministerium her, daß geplant ist, Niederlassungen nicht nur in eigener Praxis, sondern auch im staatlichen Sektor zu schaffen. Es kann sich ein Arzt in einer staatlichen Stelle, die ihm zuzust, in einer Poliklinik oder Staatspraxis, falls er nicht den Wunsch nach einer eigenen Niederlassung hat, niederlassen, und es kann ihn dann keiner wegversetzen.

Nun etwas hinsichtlich der Sorgen, die die Wissenschaftler bedrücken. Es wurde schon hier gesagt, Bahn frei für die Wissenschaft, die Wissenschaftler von anderen Aufgaben befreien! Das ist gerade ich, doch ein ganz wesentliches Anliegen. Ich kenne Wissenschaftler, die mit etwas komplizierten Apparaturen forschen und die tatsächlich in manchen Quartalen ein Drittel ihrer Zeit verfahren, um Apparaturen heranzukriegen usw. Das kann man natürlich nicht so ohne weiteres von hier aus lösen. Aber es muß folgendes beachtet werden: Man sollte jetzt nicht brummen und widerwillig nur gerade dalden, daß wissenschaftlich gearbeitet wird und daß die wissenschaftliche Arbeit, eben, weil es nun im Kommuniqué steht, als gesellschaftliche Arbeit gewertet wird, als Arbeit, die unserer Gesellschaft dient, sondern es muß ein Arbeitsklima um den Wissenschaftler herum geschaffen werden, welches ihm wirklich die Sorgen um all diesen Klein-Kram nimmt.

Besonders betrifft das Wissenschaftler, die neben der wissenschaftlichen Arbeit noch eine leitende Tätigkeit in der Klinik selbst haben. Es kann dort die Verwaltung doch sicherlich einiges abnehmen. Ich möchte aber auch sagen, daß diejenigen Kräfte, die hier dem Wissenschaftler etwas abnehmen, davon überzeugt sein müssen, daß sie ihm etwas abnehmen, daß sie ihm nicht ein Mehr an Arbeit dadurch bereiten, daß sie zwar Dinge in die Hand nehmen, aber nicht im Sinne wie sie gewollt und gemeint waren.

Hier handelt es sich um Unkenntnis der wissenschaftlichen Arbeit und ihre Unterschätzung und um die Tendenz, eben doch nicht einzusehen und zu erkennen, daß wissenschaftliche Arbeit eine Arbeit für unsere Gesellschaft ist. Das ist ja schon im Rahmen der Diskussion über sozialistische Gemeinschaftsarbeit gewesen, daß Genosse Prof. Huger damals sagte: Jede Gemeinschaftsarbeit im sozialistischen Staat ist, wenn sie nicht gegen den Staat gerichtet ist, letzten Endes eine sozialistische, weil sie Probleme, die im Staate stehen, löst und dem Staate hilft.

Man muß die Wissenschaftler vielleicht auch mal nach ihren Sorgen fragen, und zwar nicht immer bloß so: 'No, Guten Morgen', wie gehts, sondern so, daß er den Eindruck hat, hier bemüht sich jemand, in die Probleme, in die Problematik einzudringen und zu helfen.